

SEPTEMBER 2025

Schlaglicht

Übergänge zwischen Lebensphasen erleichtern

Fortschritt und Aufholbedarf in der deutschen
Familienpolitik

AUTOREN

Dr. Fabian Mushövel

Prof. Dr. Anton Hemerijck

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Flow Policies in der Social Investment-Logik	4
3. Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik: Gute Ansätze im Sinne des Social Investment	5
4. Einordnung der Familienpolitik: Durchbruch oder Lippenbekenntnis?	6
5. Der Blick nach vorne: Familienpolitische Reformen aufeinander abstimmen	11
6. Auf einen Blick	13
Quellenangaben	15

Einleitung

Der großen Koalition um Bundeskanzler Friedrich Merz droht einmal mehr ein interner Streit: um den Bundeshaushalt und über den richtigen Weg, finanzielle Stabilität mit dringend nötigen Wirtschafts- und Sozialstaatsreformen zu verbinden. Im ZDF-Sommerinterview brachte SPD-Chef und Finanzminister Lars Klingbeil Steuererhöhungen für Spitzenverdiener:innen ins Spiel, um die von ihm mit 30 Milliarden Euro bezifferte Haushaltslücke für das Jahr 2027 zu schließen. Die Union lehnt solche Vorschläge mit Verweis auf den Koalitionsvertrag kategorisch ab und fordert stattdessen Einsparungen, vor allem im Bereich der Sozialausgaben. Unabhängig davon, ob höhere Steuern für Spitzenverdiener:innen ein valides Steuerungsinstrument der Fiskalpolitik sind, reduziert die Auseinandersetzung mögliche Reformoptionen damit auf zwei Stell-schrauben. Sie verkennt, dass Sozialstaatsreformen langfristig die Nachhaltigkeit der Staatsausgaben sicherstellen können, ohne zwangsweise auf höhere Steuern oder Ausgabenkürzungen zu setzen. Dafür bedarf es jedoch sozialstaatlicher Reformen im Sinne des Social Investment-Ansatzes. In diesem Beitrag betrachten wir mit sogenannten „Flow Policies“ eine Säule dieses Ansatzes näher und beleuchten vor allem ihre Rolle bei der Sicherstellung und weiteren Steigerung der Beschäftigungsquote.



INFORMATION

Was ist Social Investment?

Social Investment begreift Sozialpolitik nicht primär als Kostenfaktor, sondern als Investition in menschliche Fähigkeiten. So soll eine höhere Erwerbstätigkeit und steigende Produktivität gesichert werden. Beides lässt die Wirtschaft wachsen. Dadurch steigen die Steuereinnahmen, ohne dies über höhere Steuersätze zu erzwingen oder Ausgaben zu kürzen. Social Investment konzeptualisiert Sozialpolitik also nicht ausschließlich als Instrument der Sozialversicherung und Umverteilung, sondern auch als Teil holistisch gedachter Wirtschafts- und Fiskalpolitik. So sie gut ausgestaltet ist, kann sie sich über gesteigertes Wirtschaftswachstum selbst tragen und ist somit mehr als Investition denn als reine Ausgabe zu verstehen. Vor allem in den aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist dieses Argument von zentraler Bedeutung, da es wesentlich den Blick auf mögliche Lösungsansätze verändert – weg von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen, hin zu Reformen, die den Sozialstaat zu einem Sozialinvestitionsstaat machen.

Die Architektur von Social Investment ruht auf drei Säulen: Stock Policies stärken durch bildungsorientierte Maßnahmen und lebenslanges Lernen die Fähigkeiten von Menschen. Flow Policies erleichtern Übergänge in kritischen Phasen des Lebensverlaufs, wie beispielsweise beim Eintritt ins Arbeitsleben oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sichern so die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Buffer Policies federn Risiken in Krisensituationen ab, um Menschen kontinuierliche gesellschaftliche Teilhabe zu erlauben.

2.

Flow Policies in der Social Investment-Logik

Flow Policies bezeichnen sozialpolitische Maßnahmen, die kritische Übergänge zwischen Lebensphasen gezielt unterstützen. Während Stock Policies das Humankapital aufbauen, stellen Flow Policies sicher, dass dieses Potenzial auch tatsächlich im Arbeitsmarkt wirksam wird. Sie adressieren Situationen, in denen Erwerbsbeteiligung gefährdet ist: den Übergang von der Ausbildung in die erste Beschäftigung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Rückkehr aus der Arbeitslosigkeit oder die Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen im späteren Erwerbsleben. Denn jede Phase, in der qualifizierte Arbeitskräfte nicht (voll) arbeiten können, obwohl sie es möchten, bedeutet Einkommens- und Karrierenachteile auf der individuellen Ebene sowie gesamtwirtschaftliche Verluste.

In der Logik des Social Investment kommt Flow Policies daher eine Schlüsselrolle zu. Sie verhindern, dass in Bildung investierte Ressourcen ungenutzt bleiben, weil Menschen durch institutionelle Barrieren, fehlende Betreuungseinrichtungen oder unzureichende Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf dauerhaft vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden oder diesem zumindest nicht voll zur Verfügung stehen. Ein Beispiel für Flow Policies in der deutschen Debatte ist Familienpolitik, die darauf zielt, die scheinbare Unvereinbarkeit von Beruf und Elternsein aufzubrechen. Indem sie finanzielle Unterstützung bietet und verlässliche Betreuungsstrukturen schafft, erleichtert sie es Menschen zunächst, sich für Kinder zu entscheiden, ohne dabei dauerhaft zwischen Karriere und Familie wählen zu müssen. Gleichzeitig trägt sie dazu bei, veraltete Geschlechterrollen zu überwinden, in denen vor allem Frauen für längere Zeit aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, um die Kinderbetreuung zu verantworten. Gut gestaltete Familienpolitik ermöglicht daher nicht nur individuelle Wahlfreiheit, sondern steigert auch die gesellschaftliche Teilhabe und das Arbeitskräftepotenzial insgesamt.

Im Zusammenspiel mit Stock und Buffer Policies entsteht so ein integratives System: Bildung schafft Humankapital, Flow Policies übersetzen es in Beschäftigung und Buffer Policies sichern es in Krisen. Damit sind Flow Policies der zentrale Mechanismus, der staatliche Investitionen in reale Erwerbstätigkeit transformiert und so die doppelte Dividende von Social Investment – mehr Beschäftigung und höhere Produktivität – überhaupt erst möglich macht.

Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik: Gute Ansätze im Sinne des Social Investment

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Familienpolitik in Deutschland eine grundlegende Neuausrichtung erfahren, angefangen mit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007, das das bis dahin geltende Erziehungsgeld ablöste. Während das Erziehungsgeld mit einer pauschalen, geringen Leistung von maximal 300 Euro monatlich und einer Bezugsdauer von bis zu 24 Monaten vor allem längere Erwerbsunterbrechungen förderte und die klassische Rolle der Mutter als Hauptverantwortliche für Kinderbetreuung reproduzierte, setzt das Elterngeld auf einen einkommensabhängigen Lohnersatz. Dieser deckt bis zu 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens (maximal 1.800 Euro monatlich) für zunächst zwölf Monate ab und kommt damit vor allem mittleren und höheren Einkommen entgegen, für die unter dem alten System ein Kinderwunsch zugleich mit erheblichen Einkommensverlusten einherging. Für Eltern mit niedrigem Einkommen blieb dagegen die Grundabsicherung durch den Mindestbetrag von 300 Euro erhalten.

Im Zentrum der Reform stand die Zielsetzung, den in Deutschland seit Jahrzehnten dominierenden Widerspruch zwischen Beruf und Familie aufzubrechen. Vor der Reform lag die Geburtenrate mit etwa 1,3 Kindern pro Frau im europäischen Vergleich sehr niedrig; insbesondere gut ausgebildete Frauen blieben überdurchschnittlich häufig kinderlos. Dieser Trend sollte durch eine Politik korrigiert werden, die die Entscheidung für Kinder vom Ausscheiden aus dem Erwerbsleben entkoppelte. Gleichzeitig zielte die Reform auf eine Neuverteilung der Kinderbetreuung innerhalb von Familien: Durch die Einführung zusätzlicher Partner:innenmonate sollten vor allem Väter stärker eingebunden werden.

Ein zweiter Meilenstein der familienpolitischen Neuausrichtung ist der seit August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in Kindertagesstätten für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Bereits in den Jahren zuvor hatte sich der politische Diskurs deutlich verschoben: Arbeitgeberverbände warnten öffentlich vor einem drohenden Fachkräftemangel und forderten eine umfassende Reform der Kinderbetreuung. So erklärte etwa die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im Jahr 2003, Deutschland könne es sich nicht länger leisten, das Potenzial gut ausgebildeter Frauen durch unzureichende Betreuungsinfrastruktur ungenutzt zu lassen (BDA 2003). Unter Ursula von der Leyen als Familienministerin gewann diese Argumentation an Gewicht, weil sie die familienpolitische Modernisierung nicht nur mit Gleichstellung, sondern auch mit ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit verband. Damit wurde Familienpolitik in Deutschland erstmals explizit in eine Wachstums- und Standortlogik eingebettet. Es war vor allem dieses Reframing, das die Initiative, die ursprünglich unter SPD-Familienministerin Renate Schmidt entwickelt worden war, politisch mehrheitsfähig machte (Alvariño & Thies, 2024).

Die Einführung des Rechtsanspruchs stellte jedoch nicht allein eine sozial- und wirtschaftspolitische Reform dar, sondern zugleich einen tiefgreifenden kulturpolitischen Einschnitt. Vor der Reform lastete die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung fast ausschließlich auf Müttern, während Väter in der Regel voll erwerbstätig blieben. Teilzeiterwerbstätigkeit war in erster Linie ein weibliches Arbeitsmarktmodell und längere Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt führten dazu, dass Frauen ihre Qualifikationen über Jahre hinweg nicht in vollem Umfang nutzen konnten. Damit verbundene Einkommenseinbußen addierten sich über das gesamte Arbeitsleben hinweg auf und zementierten gravierende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Der Ausbau der Betreuungseinrichtungen sollte dieses Ungleichgewicht korrigieren, Erwerbsunterbrechungen verkürzen und die Arbeitsmarktintegration von Müttern stärken. Gleichzeitig eröffnete er Kindern früher den Zugang zu frühkindlicher Bildung. So wurden Flow Policies mit Stock Policies, verknüpft welche die kognitive Entwicklung junger Menschen anvisieren.

Grundsätzlich lässt sich also festhalten, dass die beiden großen familienpolitischen Reformanstrengungen seit der Jahrtausendwende durchaus mit den Prinzipien des Social Investment im Einklang stehen, da sie über die Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf eine höhere Erwerbsquote – vor allem durch den Abbau der extremen Geschlechterungleichheit bei der Kinderbetreuung – zielen. Sie zeigen so exemplarisch, wie Flow Policies Arbeitsmarktteilhabe sichern und ungenutztes Humankapital mobilisieren können.

4.

Einordnung der Familienpolitik: Durchbruch oder Lippenbekenntnis?

Betrachten wir den Erfolg der familienpolitischen Reformanstrengungen, ergibt sich für Deutschland ein eher gemischtes Bild, das großen Bedarf für weitere Reformen aufzeigt. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Lücke in der Beschäftigungsquote, also beim Anteil der Menschen im Alter von mindestens 15 Jahren, die als Angestellte oder in Selbstständigkeit arbeiten, zwischen Frauen und Männern in den letzten 15 Jahren stetig geschrumpft ist. Lag sie im Jahr 2009 noch bei knapp 10%, waren es im letzten Jahr gut 6% (siehe Abb. 1). Die Beschäftigungsquote von Frauen ist damit stärker gewachsen als die von Männern. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Fortschritte hinsichtlich des Abbaus von Geschlechterunterschieden in der Arbeitsmarktteilhabe seit 2017 nur noch klein waren. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld: Während in Italien und Griechenland die Geschlechterlücke in der Arbeitsmarktteilhabe bei über 17% liegt, beträgt sie in den skandinavischen Ländern und im Baltikum unter 5% und in Litauen, Estland und Finnland sogar unter 1% (siehe Abb. 2).

Abb. 1

Beschäftigungsquote in Deutschland 2009-2024 in %

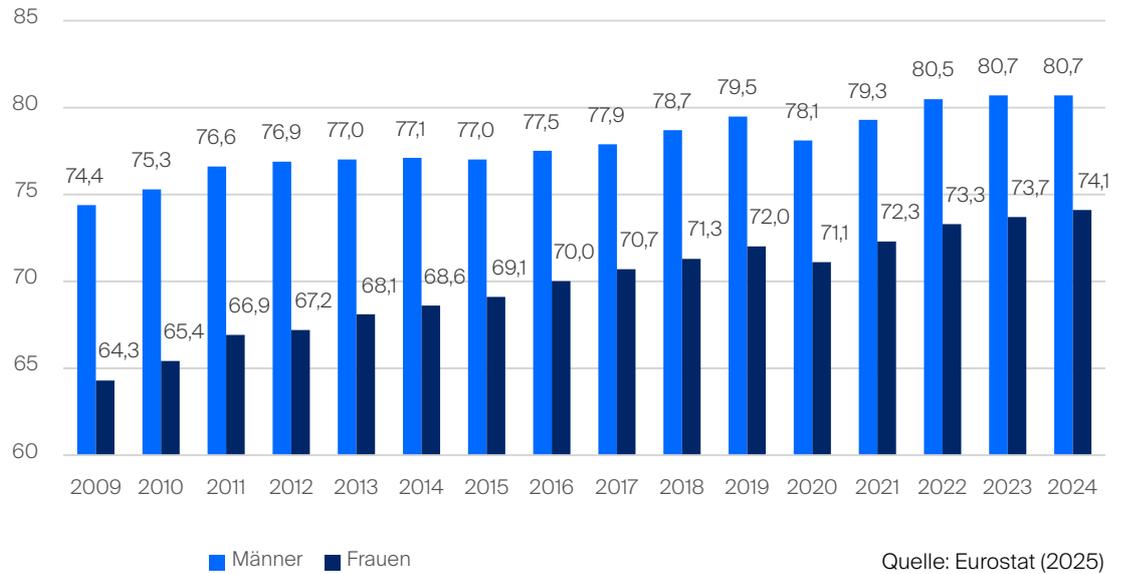
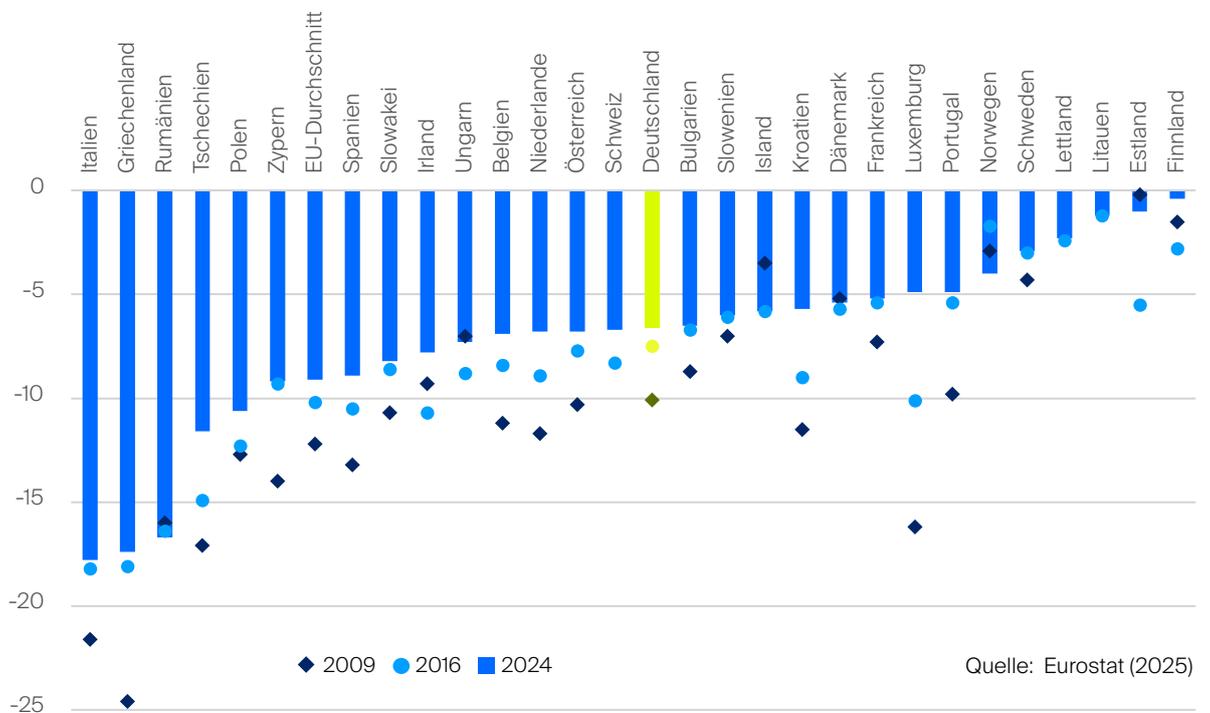


Abb. 2

Differenz weiblicher zu männlicher Beschäftigungsquote in % im europäischen Vergleich



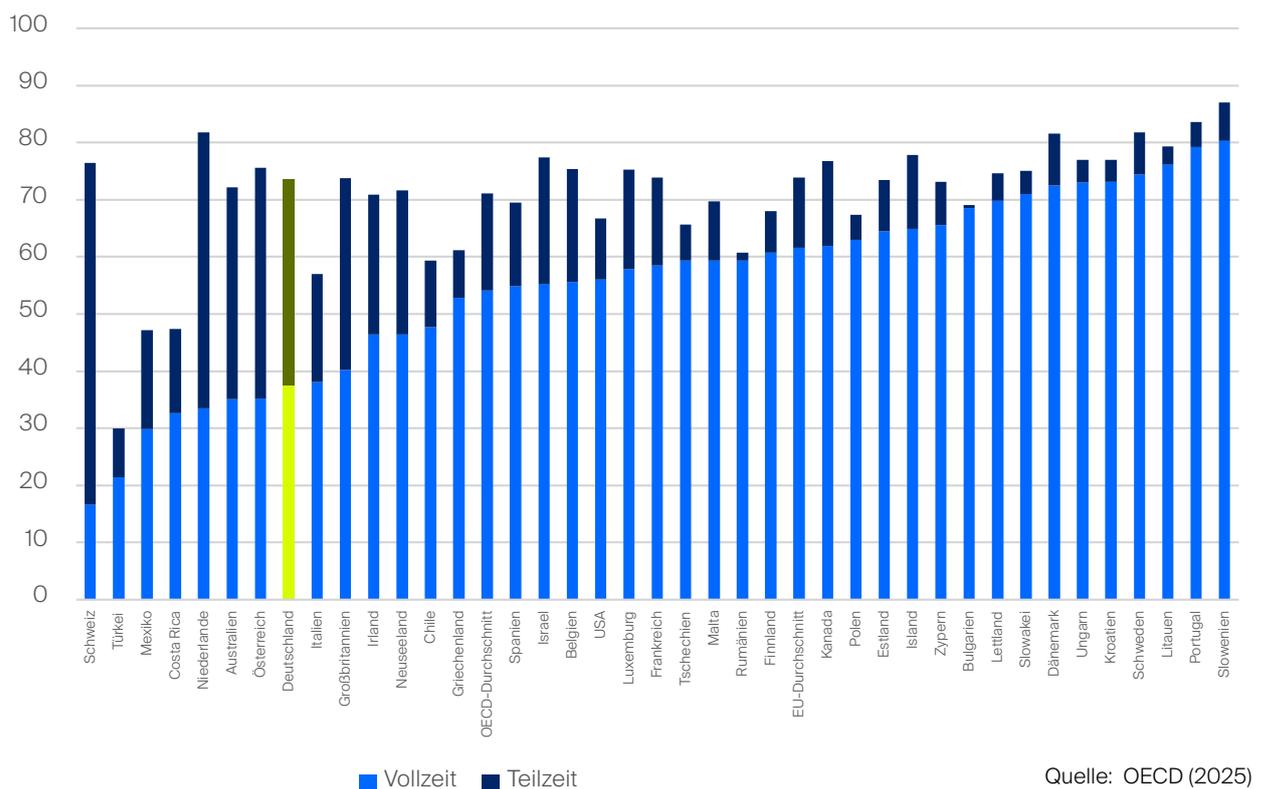
Ausgehend von dieser Makro-Perspektive ist für die Betrachtung der Familienpolitik vor allem die Beschäftigungsquote der Eltern von Interesse. In der Logik des Social Investment sollen Flow Policies ihnen die Ver-

einbarkeit von Beruf und Familie erleichtern und den Übergang zwischen Arbeit und Elternzeit unterstützen. Neben Verteilungs- und Gerechtigkeitsgründen verfolgt dies auch das Ziel, dem Arbeitsmarkt möglichst viele gut qualifizierte Menschen zur Verfügung zu stellen und das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Hier ergibt sich vor allem hinsichtlich der Geschlechterungleichgewichte ein deutlich differenzierteres Bild: Während Deutschland insgesamt mit einer Beschäftigungsquote von 73,8% bei Müttern knapp über dem OECD-Durchschnitt (71,4%) liegt, ist der Anteil, der tatsächlich in Vollzeit arbeitet, mit 37,5% sehr gering (siehe Abb. 3). Im europäischen Vergleich haben nur die Schweiz, die Niederlande und Österreich eine noch geringere Vollzeit-Beschäftigungsquote von Müttern. Auffällig ist hierbei zudem, dass der Zuwachs in der Beschäftigungsquote insgesamt vor allem durch die steigende Zahl von in Vollzeit arbeitenden Müttern zu erklären ist. Während dies suggeriert, dass familienpolitische Reformen zu diesem Erfolg beigetragen haben, hat sich zugleich die Zahl der in Teilzeit arbeitenden Mütter seit 2006 kaum verändert (siehe Abb. 4). Entweder arbeiten nun also insgesamt mehr Mütter in Vollzeit, die vorher nicht im Arbeitsmarkt waren, oder es sind im gleichen Maße Mütter von der Teilzeit in die Vollzeit gewechselt, wie andere in die Teilzeit nachgerückt sind. Als Erfolg im Sinne des Social Investment lässt sich dies nur teilweise verbuchen, da weiterhin ein großer Anteil der Arbeitskraft von gut qualifizierten Frauen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.

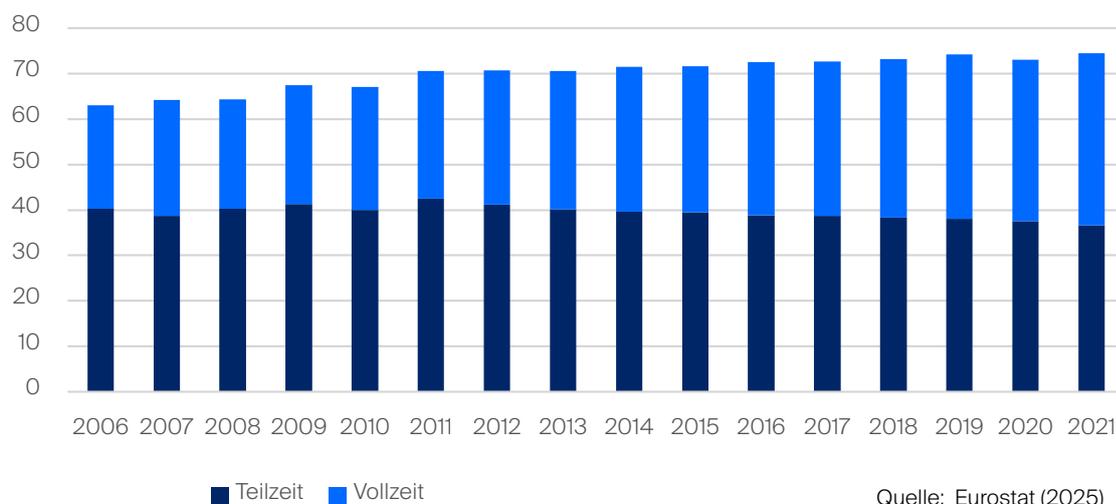
Abb. 3

Beschäftigungsquote von Müttern mit Kind im Alter 0-14 Jahre, Teilzeit und Vollzeit im OECD-Vergleich in %, 2021



Quelle: OECD (2025)

Beschäftigungsquote von Müttern in Teilzeit und Vollzeit in Deutschland, 2006-2021

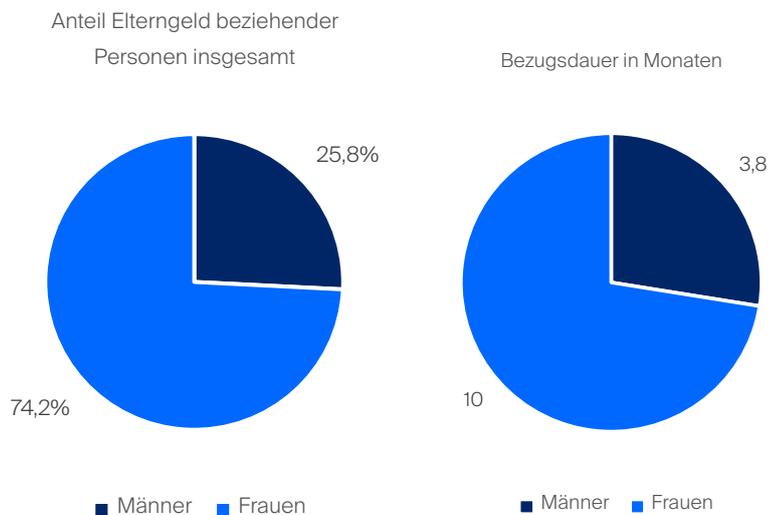


Betrachtet man verschiedene Indikatoren, die den Unterschied von Müttern und Vätern in der Beteiligung an der Betreuung von Kindern abbilden, kehrt sich das Bild vom Teilerfolg der familienpolitischen Reformen seit der Jahrtausendwende gänzlich ins Gegenteil um. Der Anteil der Männer an allen Elterngeldbeziehenden lag 2024 bei 25,8% und ist zudem zum ersten Mal seit 2015 wieder leicht gefallen. Ähnlich verhält es sich mit der geplanten Bezugsdauer, die bei Vätern im Durchschnitt 3,8 Monate beträgt, bei Müttern hingegen 10 Monate (siehe Abb. 5). Die Betreuung von Kindern im ersten Lebensjahr fällt demnach zu etwa drei Vierteln Müttern zu.

Noch gravierender ist der Unterschied bei der Elternzeit: Unter allen grundsätzlich in einem Arbeitsverhältnis stehenden Müttern mit einem Kind unter drei Jahren lag der Anteil derer, die sich 2024 in Elternzeit befanden, bei 44,3%. Knapp die Hälfte aller beschäftigten Mütter mit einem Kind in dieser Altersgruppe befand sich also nicht im Arbeitsmarkt. Für Mütter, deren jüngstes Kind unter sechs Jahre alt war, betrug dieser Anteil 23,5%. Unter Vätern hingegen befanden sich 2024 nur 3,1% mit einem Kind unter drei Jahren in Elternzeit, bei Kindern unter sechs Jahren lag der Anteil sogar nur bei 1,8% (siehe Abb. 6).

Abb. 5

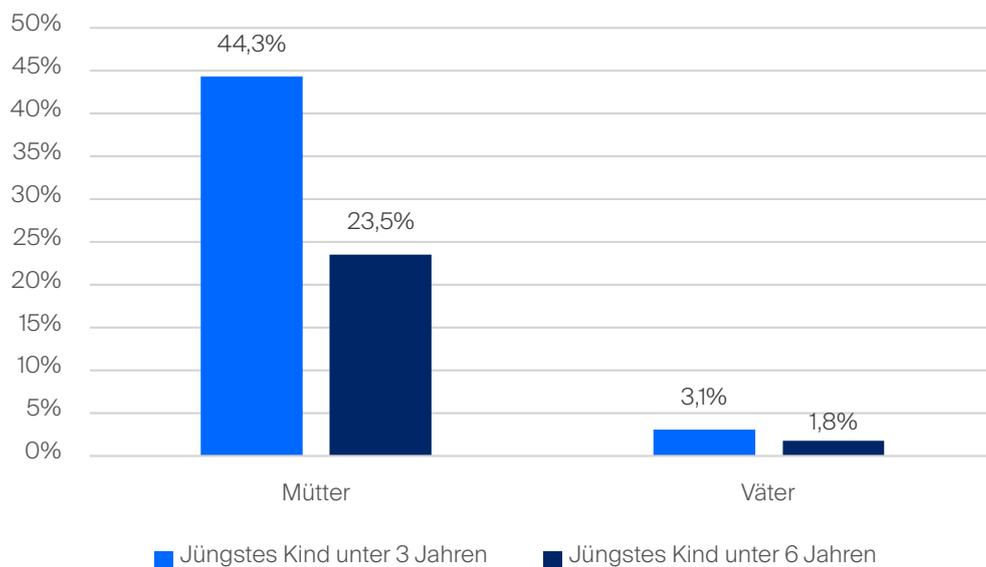
Anteil und Bezugsdauer von Müttern und Vätern beim Bezug von Elterngeld, 2024



Quelle: Statistisches Bundesamt (2025a)

Abb. 6

Anteil der Mütter und Väter in Elternzeit gemessen an allen Eltern, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, 2024



Quelle: Statistisches Bundesamt (2025b)

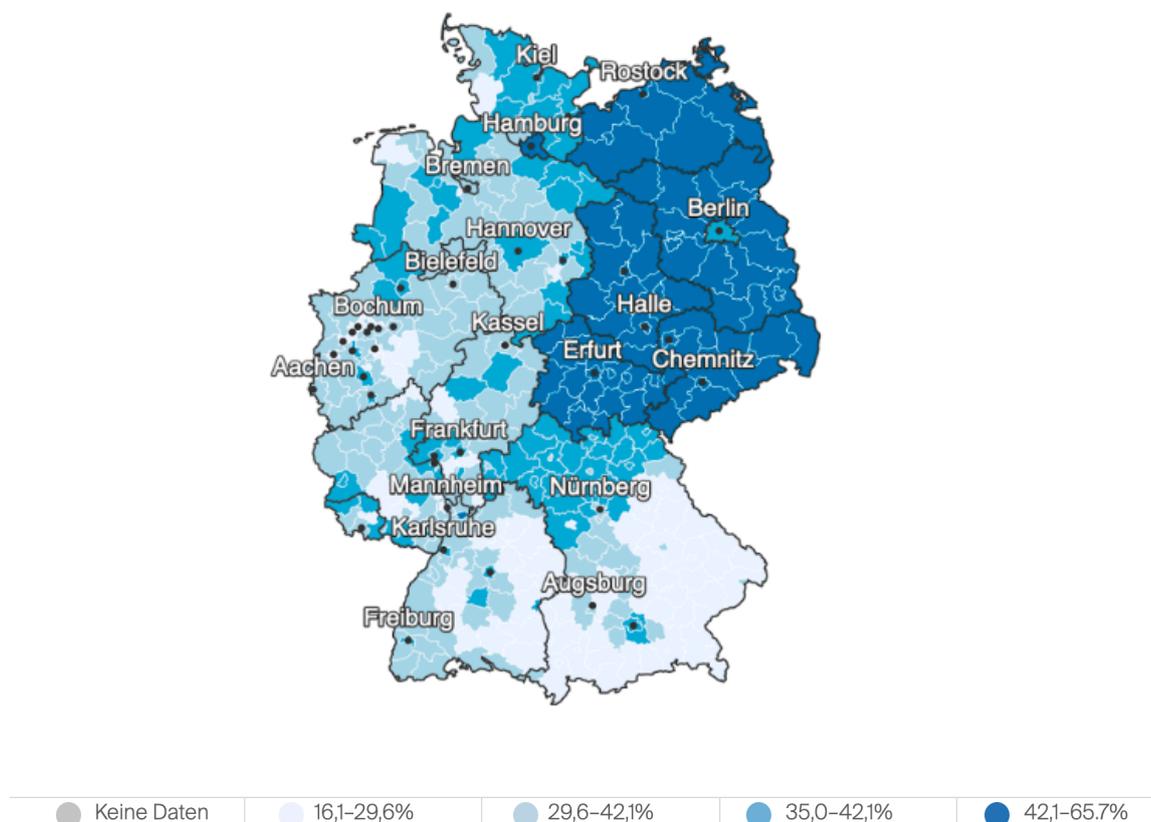
5.

Der Blick nach vorne: Familienpolitische Reformen aufeinander abstimmen

Obwohl die familienpolitischen Reformen seit den 2000er Jahren grundsätzliche Fortschritte gebracht haben, bestehen Ungleichgewichte in der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit also weiter. So bleibt die einstige Verspottung der frei aufteilbaren Partnermonate beim Elterngeld als "Wickelvolontariat" durch den damaligen CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer erschreckend aktuell. Internationale Erfahrungen zeigen, dass erst nicht übertragbare Väterquoten oder substanzielle Bonusmodelle eine gerechtere Verteilung der Care-Arbeit ermöglichen (Stahl & Schober, 2018). Solche Anreize wären nicht nur ein Beitrag zur Gleichstellung, sondern könnten indirekt auch die Teilzeitfalle abschwächen, weil die Last der Kinderbetreuung weniger auf Müttern allein ruhen würde.

Zur Verbesserung der Lage bedarf es daher eines besser verzahnten Policy-Mixes. Das Auslaufen des Elterngelds nach zwölf Monaten trifft aktuell auf eine Betreuung, die vielerorts weder ausreichend noch flexibel genug ist. Betrachtet man die Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren, so liegt diese für das gesamte Bundesgebiet bei durchschnittlich 37,4%. Große Unterschiede ergeben sich hierbei nach Regionen: In den neuen Bundesländern liegt die Betreuungsquote bei 55,2%, in den alten bei 33,9%. Auch in den Städten ist die Betreuungsquote deutlich höher als in ländlichen Regionen (siehe Abb. 7). Dieser Umstand unterstreicht, wie groß der Nachholbedarf der alten Bundesländer bei der Bereitstellung der institutionellen Infrastruktur für eine geschlechtergerechtere Verteilung der Care-Arbeit 35 Jahre nach der Wiedervereinigung noch ist. Er unterstreicht zudem, dass politische Pfadabhängigkeit schwer zu überwinden ist und einen großen politischen Kraftakt notwendig macht.

Betreuungsquote von Kindern im Alter 0-3 Jahre



Quelle: Statistisches Bundesamt (2025c)

Auf dem Weg nach vorne liefert die Einführung der Kita-Platz-Garantie unter Ursula von der Leyen eine politische Blaupause: Die politische Diskussion rund um die Reform drehte sich nämlich nicht nur um mehr Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch um wirtschaftspolitische Imperative und die Forderung von Arbeitgebern, mehr gut qualifizierte Frauen in den Arbeitsmarkt einzubinden. Während in Deutschland seit vielen Jahren vor dem Fachkräftemangel gewarnt wird, bleibt die Tatsache, dass knapp die Hälfte der erwerbstätigen Mütter in Teilzeit arbeitet (Eurostat, 2025), in der Debatte oft auf der Strecke – es gibt also einen großen Pool an gut ausgebildeten Fachkräften, der schlicht nicht genutzt wird. Neben einem Kulturwandel und weiterem quantitativen Ausbau von Betreuungsangeboten braucht es vor allem qualitativ verlässliche Strukturen: Ganztagsbetreuung mit längeren Öffnungszeiten, flexible Modelle für atypische Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung (Thévenon, 2016; Bauernschuster & Schlotter, 2015).

Insgesamt zeigt sich, dass die deutsche Familienpolitik in der Social Investment-Logik nur dann ihr volles Potenzial entfalten kann, wenn Reformen kohärent aufeinander abgestimmt werden. Einzelne Instrumente wie Elterngeld oder Kita-Ausbau sind in ihren Grundzügen richtig, greifen aber zu kurz, solange sie nicht durch strukturelle Anreize und qua-

litativ hochwertige Betreuung ergänzt werden. Nur ein solch integrierter Ansatz kann sicherstellen, dass Familienpolitik nicht in symbolischen Fortschritten verharret, sondern tatsächlich zu mehr Erwerbsarbeit, höherer Produktivität und einer gerechteren Aufteilung von Care-Arbeit führt.

6.

Auf einen Blick

Die Debatte über den Bundeshaushalt droht, sich in der altbekannten Polarisierung zwischen Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen zu erschöpfen. Dabei übersieht sie eine alternative Option, die sowohl fiskalisch wie auch wirtschaftspolitisch tragfähig ist: Die konsequente Ausrichtung der Sozialpolitik am Prinzip des Social Investment. In der Logik dieses Ansatzes ist die Familienpolitik nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit, sondern auch von ökonomischer Rationalität, da sie Übergänge zwischen Lebensphasen erleichtert. Wenn es gelingt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, die Teilzeitfalle aufzubrechen und Väter stärker in die Verantwortung zu nehmen, dann wächst das Arbeitskräftepotenzial erheblich. Schon moderate Steigerungen der Vollzeitquote von Müttern hätten in der Summe bedeutende Effekte auf das Arbeitsangebot und sind politisch weit weniger aufgeladen als die Zuwanderungspolitik oder Debatten über längere Arbeitszeiten.

Das bedeutet, dass Reformen an mindestens zwei Fronten ansetzen müssen. Erstens braucht es effektivere Anreize für Väter. Die bisherigen Partnermonate und die geschlechterneutrale Formulierung im Gesetz sind symbolisch wichtig, aber praktisch zu schwach, um tief verankerte Rollenbilder aufzubrechen. Nicht übertragbare Väterquoten oder Bonusmodelle, die die Inanspruchnahme längerer Elternzeiten für Väter attraktiver machen, könnten einen Unterschied bringen. Zweitens ist der qualitative Ausbau der Kinderbetreuung unverzichtbar. Es genügt nicht, einen Rechtsanspruch auf Plätze zu formulieren, wenn diese weder flächendeckend verfügbar noch mit den Arbeitszeiten moderner Familien kompatibel sind. Längere Öffnungszeiten, flexiblere Modelle und eine Fachkräfteoffensive im Erziehungsbereich sind hier die zentralen Hebel.

Wird Familienpolitik so verstanden und als wirkliche Flow Policy im Sinne des Social Investment umgesetzt, entfaltet sie eine doppelte Dividende: Erstens eröffnet sie Familien reale Wahlfreiheit und ermöglicht Frauen wie Männern, Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Zweitens steigert sie die Erwerbsquote und Produktivität, stärkt das Wachstum und stabilisiert langfristig die öffentlichen Finanzen.

Die Schlussfolgerung für die aktuelle haushaltspolitische Debatte ist damit klar: Statt Sozialausgaben gegen Steuererhöhungen auszuspielen, sollten Reformen so gestaltet werden, dass sie als Investitionen wirken. Social Investment ist kein zusätzliches Belastungsprogramm für die Staatsfinanzen, sondern trägt sich im Idealfall durch steigende Steuereinnahmen über höhere Erwerbstätigkeit und Produktivität langfristig selbst. Damit

dieses Versprechen eingelöst werden kann, müssen Stock, Flow und Buffer Policies zusammengedacht und gut aufeinander abgestimmt sein. Bildung und lebenslanges Lernen, deren Bedeutung wir im Schlaglicht zu Stock Policies erörtern (Mushövel & Hemerijck, 2025), reichen nicht aus, wenn qualifizierte Frauen durch Betreuungslücken vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Ebenso ist eine moderne Familienpolitik allein nicht genug, wenn Erwerbsbiografien durch fehlende Absicherung in Krisenzeiten zerbrechen und Absicherung allein nicht reicht, wenn Bildung und Übergänge vernachlässigt werden.

Erfolgreiches Social Investment bietet eine Perspektive auf einen Sozialstaat, der nicht nur gegen Risiken absichert, sondern zugleich Wachstum ermöglicht. In einer Zeit, in der Deutschland dringend neue Wege aus Rezession, Fachkräftemangel und Haushaltsengpässen braucht, sollte dieser Ansatz Eingang in eine nachhaltige Reformstrategie finden.

Quellenangaben

Alvaríño, M., & Thies, M. (2024). Conviction or consent? Tracing the influence of coalition partners on family policy under centre-right ministers. *Government & Opposition*, 1-22. <https://doi.org/10.1017/gov.2024.25>

Bauernschuster, S., & Schlotter, M. (2015). Public child care and mothers' labor supply—Evidence from two quasi-experiments. *Journal of Public Economics*, 123, 1-16. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2014.12.013>

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). (2003). Stellungnahme der BDA zum Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland. Berlin: BDA.

Eurostat. (2025). Employment and activity by sex and age - annual data [lfsi_emp_a__custom_17774900]. Retrieved from https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsi_emp_a__custom_17774900/default/table

Mushövel, F. & Hemerijck, A. (2025). Bildung als Investition: Wirtschaftswachstum durch moderne Sozialpolitik. Berlin: Zentrum für neue Sozialpolitik.

OECD. (2025). Family Database, variable LMF1.2.A Maternal employment rates. Retrieved from https://webfs.oecd.org/Els-com/Family_Database/LMF_1_2_Maternal_Employment.xlsx

Stahl, J. F., & Schober, P. S. (2018). Convergence or divergence? Educational discrepancies in work-care arrangements of mothers with young children in Germany. *Work, Employment & Society*, 32(4), 629-649. <https://doi.org/10.1177/0950017017751799>

Statistisches Bundesamt. (2025a). Erwerbstätigkeit im Februar 2025 leicht gestiegen. Pressemitteilung Nr. 112 vom 27. März 2025. Retrieved from https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_112_22922.html

Statistisches Bundesamt. (2025b). Elternzeit: Anspruch und Inanspruchnahme. Retrieved from <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-3/elternzeit.html>

Statistisches Bundesamt. (2025c). Kindertagesbetreuung: Betreuungsquoten und regionale Unterschiede. Retrieved from <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/kindertagesbetreuung-karte.html>

Thévenon, O. (2016). Family policies in OECD countries: A comparative analysis. *Population and Development Review*, 42(3), 555-582. <https://doi.org/10.1111/j.1728-4457.2016.00149.x>

Autoren

Dr. Fabian Mushövel



Grantee

Dr. Fabian Mushövel ist Marie Skłodowska-Curie Research Fellow am European University Institute (EUI) und Gastwissenschaftler am European Institute der London School of Economics and Political Science. Als wissenschaftlicher Experte für die politische Ökonomie von Wohlfahrtsstaaten und sozialpolitischen Reformen hat er in der Vergangenheit verschiedene Thinktanks und Politiker beraten.

Prof. Dr. Anton Hemerijck



Grantee

Prof. Dr. Anton Hemerijck ist Professor für Politikwissenschaft und Soziologie am European University Institute (EUI). Als Politikwissenschaftler und Ökonom widmet er sich seit 30 Jahren der Forschung zu europäischen Wohlfahrtsstaaten. Neben seiner akademischen Laufbahn, die ihn an zahlreiche europäische Institute führte, bringt er seine Expertise auch regelmäßig als Berater für die Europäische Kommission, europäische Regierungen und Thinktanks ein.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Jan E. Fischer
Mansour Aalam

FACHLICHE BEGLEITUNG

Dr. Dominic Afscharian

REDAKTION

Vanessa von Hilchen
Nicholas Czichi-Welzer

GESTALTUNG & LAYOUT

Antonia Haase

LEKTORAT

Nicholas Czichi-Welzer

KONTAKT

info@zsp.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org

©Zentrum für neue Sozialpolitik 2025.
All rights reserved.



Das Zentrum für neue Sozialpolitik (ZSP) ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin. Es entwickelt politiknahe Konzepte für eine moderne Sozialpolitik, die individuelle Selbstbestimmung, soziale Teilhabe und strukturelle Fairness in den Mittelpunkt stellt.

Ausgehend von der Frage, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Menschen ihr Leben selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten können, stehen Bildung, soziale Sicherung und Teilhabe im Fokus.

Als interdisziplinäre Organisation verbindet das ZSP wissenschaftsbasierte Analyse mit strategischer Politikberatung und schafft Räume für den Austausch zwischen Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Zentrum für neue Sozialpolitik als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Zentrum für neue Sozialpolitik gGmbH
Ohmstraße 13
D-80802 München
Tel. +49(0)89/44 333 555-00
info@zentrum-neue-sozialpolitik.org
www.zentrum-neue-sozialpolitik.org

V.i.S.d.P.: Mansour Aalam
c/o Zentrum für neue Sozialpolitik
Ohmstraße 13
D-80802 München

Veröffentlicht im September 2025